

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 06 86 846 ppon d



## Inhalt

36. Jahrgang / 10

15. Januar 1981

Hans-Jürgen Wischnewski  
MdB, Stellvertretender  
SPD-Vorsitzender, zur Lage  
in El Salvador: Solidari-  
tät der SPD.

Seite 1

Rudi Walther MdB nennt  
die Voraussetzungen für  
die Einführung eines ein-  
kommensunabhängigen Kin-  
dergeldes: Plädoyer für  
die Finanzamtlösung.

Seite 2

Udo Schlitzberger MdL  
untersucht das Verhält-  
nis der jungen Generation  
zur SPD: Gesprächsbereit-  
schaft bringt Glaubwürdig-  
keit.

Seite 3/4

Peter Conradi MdB kom-  
mentiert die Notwendig-  
keit der Volkszählung  
1982: Kaiser Augustus  
und die Volkszählung.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

### Solidarität der SPD

#### Zur Lage in El Salvador

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands

Die SPD sieht mit großer Sorge, daß aufgrund der politi-  
schen und militärischen Maßnahmen des derzeitigen Präsi-  
denten El Salvadors und der ihn stützenden Militärs die Aus-  
sichten auf einen friedlichen Übergang zu echten demokrati-  
schen Verhältnissen nahezu ausgeschlossen sind.

Der gegenwärtige Bürgerkrieg im Lande schafft nicht nur  
zusätzliche Leiden für die Bevölkerung, sondern trägt zu  
einer erheblichen und auch unsere Interessen gefährdenden  
Unsicherheit nicht nur in El Salvador, sondern in der ganzen  
mittelamerikanischen Region bei. Dies kann uns nicht gleich-  
gültig lassen. Die Solidarität der SPD gehört in diesen  
Stunden und Tagen der salvadorianischen Mitgliedspartei der  
Sozialistischen Internationale, der Movimiento Nacional  
Revolucionario (MNR). Ihr Vorsitzender, Dr. Ungo, ist auch  
Präsident des demokratischen Oppositionsbündnisses Frente  
Democratico Revolucionario (FDR), das den Kampf gegen die  
Unterdrückung und für die Selbstbestimmung des Volkes von  
El Salvador aufgenommen hat.

Das Wollen der Menschen in El Salvador, in Freiheit zu leben  
und über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, muß die Aner-  
kennung aller finden, nicht nur in Lateinamerika.

Die SPD erinnert an die entscheidende Rolle, die der Katholi-  
schen Kirche in El Salvador zukommt, und sie hofft und  
bittet, daß auch von dort Wege gefunden werden, die dazu bei-  
tragen, den Bürgerkrieg zu beenden, den Frieden und demo-  
kratische Verhältnisse im Lande herzustellen und die Unab-  
hängigkeit des Landes zu wahren. (-/15.1.1981/ks/ca)

+ + +

Friedrich Ungo  
Präsident des  
Frente Democrático  
Revolucionario



### Plädoyer für die Finanzamtslösung beim Kindergeld

---

Voraussetzung für die Einführung eines einkommensabhängigen Kindergeldes

Von Rudi Walther MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß

Der Bundeskanzler hat kürzlich vor dem Bundesrat die Bereitschaft der Bundesregierung bekräftigt, mit den Bundesländern in einen umfassenden Dialog über die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einzutreten.

In diesen Dialog muß dringend die Frage des Auszahlungsmodus beim Kindergeld einbezogen werden mit dem Ziel, die sogenannte Finanzamtslösung zu erreichen. Dafür sprechen wichtige Gründe:

- Die Auszahlung des Kindergeldes könnte in den meisten Fällen über den Gehaltsstreifen des Arbeitgebers erfolgen, damit keinen weiteren Verwaltungsaufwand erfordern und so zur Verwaltungsvereinfachung beitragen.
- Nur in den Fällen, in denen eine solche Zahlung nicht möglich wäre, müßte das Finanzamt als Zahlstelle einspringen. Das wäre auch systemimmanent, weil der Sachverhalt "Kind" schon immer ein Steuertatbestand war.
- Mit der Finanzamtslösung wäre der Zusammenhang zwischen Kindergeld und steuerlicher Entlastung, der mehr und mehr im Bewußtsein der Menschen verloren gegangen ist, wieder hergestellt.
- Nach Schätzungen der Deutschen Steuergewerkschaft würde die Finanzamtslösung lediglich 1.500 Mitarbeiter bei den Finanzämtern erfordern. Das wären rund 4.500 weniger als jetzt bei der Arbeitsverwaltung.
- Diese bei der Arbeitsverwaltung so dann überzähligen Kräfte könnten zur dringend notwendigen Verbesserung der Arbeitsvermittlung eingesetzt werden. Wer die Verhältnisse bei den Arbeitsämtern kennt, weiß, daß ein Teil der Arbeitslosigkeit auf die vor allem bei großen Arbeitsämtern unzureichende Arbeitsvermittlung zurückzuführen ist. In diese Aufgabe müßte nach meiner Auffassung der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt mindestens ebenso viel Phantasie investieren wie in seine monatlichen Fernsehauftritte.
- Die Finanzamtslösung schafft erst die Voraussetzungen dafür, daß dem Gedanken des einkommensabhängigen Kindergeldes näher getreten werden kann, was ich für dringend notwendig erachte. Ich bleibe dabei, daß größerer finanzpolitischer, das heißt vor allem konjunkturpolitischer Handlungsspielraum nur dann gewonnen werden kann, wenn der konsumtive Teil der öffentlichen Ausgaben zurückgedrängt wird. Dieses Ziel erfordert unter anderem auch die Konzentration öffentlicher Transferleistungen auf wirklich sozial Schwache, vor allem auf gering verdienende Kinderreiche!

(-/15.1.1981/bgy/hgs)

+ + +



### Gesprächsbereitschaft bringt Glaubwürdigkeit

#### Was unsere Jugend notwendig braucht

Von Dr. Udo Schlitzberger MdL

Jugendpolitischer Sprecher der hessischen SPD-Landtagsfraktion

Die siebziger Jahre haben für die große Mehrheit der Bürger eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gebracht. Sozialdemokraten haben maßgeblich daran mitgearbeitet, daß das Netz der sozialen Sicherung enger geknüpft, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen geschaffen und die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung und Mitbestimmung erweitert wurden.

Dies gilt auch für die junge Generation in unserem Lande. Diese lebt in einer Gesellschaft, die im Vergleich zu früher ein großes Ausmaß politischer Freiheiten, soziale Sicherheit und die Befriedigung individueller Bedürfnisse auf der Grundlage eines relativ hohen Lebensstandards ermöglicht. Zugleich werden viele junge Menschen durch unsichere persönliche Zukunftsperspektiven belastet, mit einem nahezu unübersehbaren Konsum- und Informationsangebot überschwemmt; verunsichert und allzuoft mit ihren Problem- und Sinnfragen alleingelassen. Letzteres gilt nicht zuletzt für den engeren Bereich des politischen Lebens, dem sich die nachwachsende Generation mehr und mehr entzieht und verweigert. Diese Verweigerungshaltung vieler junger Menschen trifft auch die SPD.

#### Kritik und Ablehnung

Unsere Partei, die im Übergang zu den siebziger Jahren in großem Umfang Reformhoffnungen und politisches Engagement gerade bei der Jugend geweckt und gefördert hat, stößt Anfang der achtziger Jahre bei einer großen Zahl junger Menschen auf Skepsis, Kritik und Ablehnung. Ein politischer Dialog selbst das persönliche Gespräch scheitern oft an Desinteresse, erschreckender politischer Naivität, auch an Resignation oder Ironie, bisweilen an Zynismus oder rein emotionaler Ablehnung. Die Ursachen dafür sind vielfältig, sie liegen im individuellen Bereich. Sicher sind eine allseits um sich greifende Verunsicherung und ein Glaubwürdigkeitsverlust staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen entscheidende Faktoren für die Entstehung derartiger Verhaltensweisen.

#### Die Entfremdung

Die Unüberschaubarkeit unserer komplexen Gesellschaft, die wiederum Ohnmachts- und Isolationsgefühle hervorruft, verstärkt diese Tendenzen in gefährlicher Weise. Für viele junge Menschen spielt die Diskrepanz zwischen sozialdemokratischen Forderungen und ihrer konkreten Umsetzung durch Kompromisse, die aufgrund bestehender Machtverhältnisse eingegangen werden, eine entscheidende Rolle. Die Verwässerung oder gar Verhinderung einer Reihe wichtiger Reformversuche - ob bei der Berufsbildungsreform, bei der Jugendhilfe, beim Paragraph 218, bei der Ersatzdienstregelung - hat die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik gerade bei der kritischen Jugend, die nicht von vornherein das Machbare als das "geringere Übel" akzeptiert, in Frage gestellt. Erschüttert wurde und wird diese Glaubwürdigkeit darüber hinaus bei den politisch Aktiven, die allzuoft persönlich die Folgen von "Schnüffelpraxis", Einschüchterung und Anpassungsdruck schmerzlich erfahren mußten. Daß die SPD der Beschneidung und Einengung demokratischer Rechte nicht früher und konsequenter entgegengetreten ist, hat unserer Partei viele politisch engagierte junge Menschen entfremdet.

#### Flucht in Brutalität

Verstärkt werden diese Entfremdungs- und Verweigerungstendenzen durch eine Reihe oft unterschwelliger individueller Ängste. Die Angst vor Schulversagen die Angst keinen oder einen nicht gewünschten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen oder die Angst, den



werbepsychologisch manipulierten Ansprüchen unserer Konsum- und Leistungsgesellschaft nicht genügen zu können, haben große Teile der Jugend tief verunsichert. Zunehmende Flucht in Alkohol-, Tabletten- oder Drogenmißbrauch, Flucht in Jugendreligionen, der Rückzug ins Private oder in Alternativkulturen, aber auch bis zur äußersten Brutalität gesteigerte Aggressionen gegen Sachen und Menschen sind Folgen dieser Verunsicherung.

Gegen diese große Verunsicherung und ihre - individuell wie gesellschaftlich - gefährlichen Auswirkungen gibt es kein Patentrezept. Es gibt aber für demokratische Sozialisten die Notwendigkeit, existentielle Sinnfragen zu diskutieren, Perspektiven und Problemlösungen aufzuzeigen und konkrete Utopien nicht nur kurzfristig denkbar, sondern auch langfristig durchsetzbar zu machen. Es gibt zudem aus der Verantwortung für die nachwachsende Generation eine zwingende Notwendigkeit, alle jugend- und bildungspolitischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um unserer Jugend eine Entwicklung zu demokratisch denkenden, solidarisch und vernünftig handelnden Menschen zu ermöglichen.

#### Notwendige Leitsätze

Dabei müssen folgende Leitsätze zugrunde gelegt werden:

- o Die Befähigung zur Selbst- und Mitbestimmung wie die Erziehung zu vernünftigem, tolerantem und solidarischem Handeln im individuellen wie gesellschaftlichen Bereich muß oberstes Ziel jeder Jugendpolitik sein.
- o Jugendhilfe hat sich als Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstverwirklichung zu verstehen.
- o Selbstverwirklichung in einer demokratischen Gesellschaft schließt Selbstverantwortung und Sozialverpflichtung ein. In diesem Sinne muß sozialdemokratische Politik die jungen Menschen befähigen, ihr Leben in der unauflösbaren Spannung zwischen persönlicher Freiheit und sozialverantwortlicher Bindung zu gestalten. Dazu ist es notwendig,
- o jungen Menschen ihre eigene soziale Lage in der Gesellschaft bewußt zu machen,
- o den Zusammenhang von persönlichen Problemen und Interessen mit denen anderer Menschen und der Gesellschaft zu verdeutlichen,
- o Abhängigkeit und Ängste, wie deren oft unklaren und unbewußten Ursachen, bewußt zu machen und Problemlösungen zu verdeutlichen,
- o die Möglichkeit solidarischen Handelns gemeinsamer Interessenwahrung aufzuzeigen,
- o kreativ-schöpferisches Handeln und gesellig-soziales Verhalten zu fördern,
- o Handlungsmöglichkeiten im politischen und kulturellen Bereich zu eröffnen.

Sozialdemokraten unterstützen und fördern alle Organisationen und Initiativen, die entsprechend diesen Grundsätzen arbeiten. Ausgangspunkt dieser Arbeit muß immer der konkret erfahrbare Lebensbereich der jungen Generation sein. Da dieser Lebens- und Erfahrungsbereich der Jugend sich im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung ständig verändert, kann Jugendpolitik niemals festgeschrieben, sondern auf der Grundlage sich wandelnder Bedürfnisse und Interessen junger Menschen immer nur fortgeschrieben werden.

(-/15.1.1981/hi/ca)



**Kaiser Augustus und die Volkszählung**

**Zur Notwendigkeit der Volkszählung 1982**

Von Peter Conradt MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

"Es begab sich aber zu der Zeit, daß ein Gebot von dem Kaiser Augustus ausging, daß alle Welt geschätzt würde. Und diese Schätzung war die allererste und geschah zu der Zeit, da Cyrenius Landpfleger in Syrien war". So berichtet der Evangelist Lukas von der Volkszählung im Jahre 0.

1980 Jahre nach Christi Geburt ist das alles viel schwieriger. Da gibt es zwar detaillierte Statistiken über Hühner und Schweine, da ist genau bekannt, wieviel Autos verkauft und zugelassen werden, vom Alkoholkonsum bis zum Zigarettenverbrauch wird alles statistisch erfaßt. Aber wieviel Menschen in der Bundesrepublik Deutschland leben, wo und wie sie leben, wieviel Wohnungen es gibt, wie diese beschaffen sind - dazu gibt es keine Zahlen! Die letzte Volkszählung war 1970, die letzte Zählung der Wohnungen 1968. Inzwischen schätzt der Leiter des Statistischen Bundesamtes die Bevölkerungszahl unseres Landes um eine Million niedriger als seine Statistiken! Über 100 Gesetze enthalten Bestimmungen, die von der Bevölkerungszahl abhängen.

Es ist unbegreiflich, daß die Bundesregierung das Volkszählungsgesetz wegen seiner Kosten - insgesamt 450 Millionen DM, das heißt rund 7,50 DM pro Einwohner - bisher hat scheitern lassen. Jeder weiß, daß die Volkszählung dringend notwendig ist, und daß weiter Verzögerungen die Kosten nach oben treiben. Weiß das auch die Bundesregierung? Wie ernst soll man die Erklärung des Bundeskanzlers nehmen, dem Wohnungsbau komme "ganz besondere Bedeutung" zu, wenn nicht einmal die zahlenmäßigen Voraussetzungen für eine vernünftige Wohnungspolitik geschaffen werden?

Aber Kaiser Augustus vor 1980 Jahren wollte Steuern kassieren; dazu mußte er wissen, wo seine Untertanen lebten und wieviel Besitz sie hatten. Vielleicht gelingt es einem klugen Statistiker, der Bundesregierung nachzuweisen, daß sie mit der Volkszählung 1982 mehr Steuern bekommt und weniger Geld ausgeben muß. Dann wird bestimmt rasch gezählt. Wie damals bei Augustus.

Verantwortlich: Willi Carl

